

An der Spitze im Westen



CDU

KREIS HEINSBERG

28. JAHRGANG - 297. AUSGABE
März 2021 Nr. 3

UNION HS

MITGLIEDERZEITUNG DES CDU-KREISVERBANDES HEINSBERG

Auf den Spuren von Jeanne d'Arc

Blois Loire Foto: Pixabay



Weitere Themen:

- LVR, gut für den Kreis Heinsberg
- Geld für Sportstätten
- Tolle Kaffeerunde

INHALT

- 2 Editorial
Infos aus der
Kreisgeschäftsstelle
- 3 Mehr Kapazität und Qualität
für die Ganztagsbetreuung
Videokonferenz zum
Thema Kinderschutz
- 4-5 Dank Friedrich I. von Preußen
75 Jahre Landesrechnungshof
Das neue Versammlungsgesetz NRW schützt vor
extremistischen Tendenzen
- 6 Mit Freude in den Ausschuss
für Recht und Verbraucherschutz
Nationaler Aktionsplan
gegen Vereinsamung
- 7 Ein wirklich scharfes Schwert
im Kampf gegen die
Clankriminalität
- 8 Über 95.000 Euro für
Scherpenseeler Reiter
Money, Money, Money...
- 9 Das Virus besser kennen-
lernen und Impfstoffe daran
anpassen
- 10 Landwirte im Kreis
können aufatmen
Ambulante Krebsberatungs-
stellen sind jetzt gesetzlich
gesichert
- 11 Interessanter Austausch
mit Sabine Verheyen
- 12 Landschaftsverband
Rheinland ist gut für den
Kreis Heinsberg
- 13 Bericht von Sabine Verheyen
Wie will die EU bis 2050 eine
Kreislaufwirtschaft erreichen?
- 14 INTERVIEW DES MONATS
mit Dr. Arndt Vossen
- 15 NEUE RUBRIK
Leser fragen -
Politiker antworten
- 16 Mit dem Bus zu den
Schlössern der Loire
Termine 2021

EDITORIAL



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

ich schreibe Ihnen diese Zeilen am
Rosenmontag, einem Karnevalstag,
den ich in dieser Form noch nicht er-
lebt habe. Wir haben uns entschlos-
sen, diesen Rosenmontag als ganz
normalen Arbeitstag zu „begehen“.

Mir ist nicht nach Humor zumute,
wenn ich an die Menschen denke, die
als Selbstständige oder als Arbeitneh-
mer beruflich unter den Beschränkun-
gen massiv zu leiden haben. Auch die
Menschen, die durch die mangelnden
Kontakte vereinsamen oder die durch
die Betreuung der Kinder oder alter
Menschen beeinträchtigt sind, erle-
ben schwere Zeiten.

In der vergangenen Woche hatten
wir zwei Sondersitzungen des Land-
tags, die nahezu komplett durch die
Besonderheiten der Coronapandemie
geprägt waren. Im Mittelpunkt stand
die Unterrichtung des Landtags durch
unseren Ministerpräsidenten Armin
Laschet. Er begründete die Entschei-
dungen der Ministerpräsidentenkon-
ferenz mit der Bundeskanzlerin.

Ich kann an dieser Stelle die Beschlüs-
se nicht kommentieren, bitte aber um
Verständnis für die Fortsetzung der
Beschränkungen.

Die Bedrohung durch das mutierte
Virus ist zu groß, als dass weitreichen-
de Lockerungen derzeit möglich sind.
Ich muss aber auch deutlich machen,
dass die Ausgleichsmaßnahmen durch
die Überbrückungshilfe III unzurei-
chend sind. Hier muss nachgebessert
werden!

Ich hoffe, dass wir bald in eine
Situation kommen, die wieder mehr
Normalität zulässt. Bis dahin wünsche
Ich Ihnen alles erdenklich Gute, vor allem
Gesundheit.

Ihr
Bernd Krückel

Infos aus der Kreisgeschäftsstelle:

**Aufgrund der besonderen Situation (Corona/Covid 19)
ist die CDU-Kreisgeschäftsstelle für Publikumsverkehr bis
auf Weiteres geschlossen.**

Telefonische Terminabsprachen sind möglich.

Wir bitten um Ihr Verständnis.

Bleiben Sie gesund!

Monika Schmitz · Ulrike Heuter · Dunja Temari

Redaktionsschluss April-Ausgabe 15.03.2021

Mehr Kapazität und Qualität für die Ganztagsbetreuung

Ganztägige Betreuungsangebote an den Schulen in Nordrhein-Westfalen fördern nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern, sondern sind ein wichtiger Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit in unserem Land.

Deshalb ist es besonders für die Zeit nach der Coronakrise mit ihren vielen Herausforderungen für Schülerinnen und Schüler wichtig, die Infrastruktur in der Ganztagsbetreuung noch schneller als bisher auszubauen. Zu diesem Zweck haben sich Bund und Länder auf ein Investitionsprogramm geeinigt, mit dem insgesamt 750 Millionen Euro in die deutschen Grundschulen fließen sollen.

Jetzt steht fest: Für die Schulen im Kreis Heinsberg stehen aus diesem Programm insgesamt 2.622.400 Euro für den Ausbau der Kapazitäten und der Qualität in der Ganztagsbetreuung zur Verfügung.

Dazu erklären die CDU Landtagsabgeordneten Bernd Krückel und Thomas Schnelle, sowie der Bundestagsabgeordnete des Kreises Heinsberg, Wilfried Oellers: „Die Anfragen an uns als Landes- und Bundespolitiker haben gezeigt: Die Kommunen als Schulträger sind bereit und warten auf diese Investitionsmittel für die Ganztagsbetreuung. Die Förderrichtlinie schafft jetzt Planungssicherheit.

Um neue ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote an den Grundschulen aufzubauen oder die Qualität bei bestehenden Ganztagskonzepten zu stärken, stehen die Gelder bereit und verteilen sich wie folgt:

Kreis Heinsberg (als Schulträger):	49.500 Euro
Gemeinde Gangelt:	110.600 Euro
Gemeinde Selfkant:	79.200 Euro
Gemeinde Waldfeucht:	75.500 Euro
Stadt Erkelenz:	458.000 Euro
Stadt Geilenkirchen:	285.600 Euro
Stadt Heinsberg:	406.000 Euro
Stadt Hückelhoven:	458.900 Euro
Stadt Übach-Palenberg:	245.100 Euro
Stadt Wassenberg:	214.100 Euro
Stadt Wegberg:	239.900 Euro

Viele Schülerinnen und Schüler sind während der Pandemie ins Hintertreffen geraten, weil sie unter erschwerten Bedingungen zu Hause, statt im Klassenverband und mit ihrer Lehrerin oder ihrem Lehrer in der Schule, lernen mussten oder müssen. Insbesondere an den Grundschulen, wo der direkte Kontakt, persönliche

Beziehungen und Geborgenheit noch sehr wichtig sind, wiegen solche Einschnitte schwer. Deshalb ist es goldrichtig, jetzt hier zu investieren und den Grundstein dafür zu legen, dass es hier im Kreis Heinsberg nach der Coronakrise nicht nur bergauf geht für die Bildung unserer Jüngsten, sondern steil bergauf.“

Videokonferenz zum Thema Kinderschutz

Es bedarf einiger trauriger Fälle, dass der Kinderschutz nun wieder zu Recht im Fokus der Diskussionen und politischen Initiativen steht. Hierüber wollen wir im Rahmen einer Videokonferenz am Samstag, 13. März, 10 Uhr, informieren und mit Ihnen diskutieren. Als Referenten stehen Michael Kutz, Vorsitzender des Kinderschutzbundes Erkelenz und Mitglied im Lan-

desvorstand des Kinderschutzbundes, und der Landtagsabgeordnete Thomas Schnelle, Mitglied der Kinderschutzkommission und des Innenausschusses im Landtag NRW, zur Verfügung. Eine Teilnahme ist nur nach vorheriger Anmeldung unter info@cdu-kreis-heinsberg.de oder 02452/91990 möglich. Einwahldaten erfolgen dann kurz vor der Veranstaltung per Mail.

R. Meintz





Dank Friedrich I. von Preußen 75 Jahre Landesrechnungshof

Der Landesrechnungshof ist neben den Ministerien, der Regierung und der Staatskanzlei eine der obersten Landesbehörden Nordrhein-Westfalens.

Seine besondere Stellung ergibt sich aus seiner Unabhängigkeit, welche ermöglicht unbefangenen und frei von sachfremden Erwägungen Fehler oder Ineffizienzen im Regierungshandeln zu erkennen und zu benennen. Wie in der Landesverfassung festgeschrieben, ist der Landesrechnungshof nur dem Gesetz unterworfen und seine Aufgabe ist die Prüfung des Landeshaushalts gemäß Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Auch wenn nun das 75. Jubiläum des heutigen NRW-Rechnungshofs gefeiert wird: Die Geschichte der Landesrechnungshöfe, sowie des Bundesrechnungshof, lässt sich über ihre Vorgän-

gerorganisationen bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts zurückverfolgen. Der Gründung der damaligen Generalrechnungskammer gingen damals große Finanzskandale und die Notwendigkeit einer Kontrolle der Regierung voraus, nachdem Friedrich I. von Preußen unter anderem in seinen Versuchen, den Sonnenkönig Ludwig XIV zu imitieren, das junge Königreich Preußen tief in den Bankrott und die Abhängigkeit führte. Wichtigstes Instrument des Rechnungshofes ist der Jahresbericht, welcher veröffentlicht und der Landesregierung vorgelegt wird. Der Bericht wird im Landtag sowie in der Öffentlichkeit oft eingehend diskutiert und ist ein bedeutendes Mittel, um die Finanzpolitik der Regierung zu bewerten. Mit diesem Rüstzeug, Transparenz und Kontrolle der öffentlichen Hand zu gewährleisten, gelten die Rechnungshöfe als wesentliches Element unserer Demokratie.

Daher gilt es für jeden Politiker und jede Regierung die Berichte des Rechnungshofs mit allem gebotenen Ernst zu betrachten, um die eigenen finanzpolitischen Entscheidungen reflektieren zu können.

Im Haushaltskontrollausschuss des Landtags wird dann über den Jahresbericht beraten. Er stellt hierbei die wesentlichen Sachverhalte fest und beschließt über einzuleitende Maßnahmen.

Ich gehöre dem Haushaltskontrollausschuss bereits seit Juni 2005 an. Seit 2017 bin ich der Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss.

Die Landesregierung hat innerhalb einer bestimmten Frist über die eingeleiteten Maßnahmen zu berichten. Soweit Maßnahmen nicht zu den beabsichtigten Erfolg geführt haben, kann das Parlament die Sachverhalte wieder aufgreifen.

Bernd Krückel

Das neue Versammlungsgesetz NRW schützt vor extremistischen Tendenzen

Das derzeitige Bundesgesetz über Versammlungen und Aufzüge basiert auf einem Gesetzestext aus dem Jahre 1953 und gilt als rechtstechnisch und inhaltlich überarbeitungsbedürftig und veraltet.

Seit der Föderalismusreform 2006 haben die Bundesländer hier die Gesetzgebungskompetenz und sind seitdem zu einer modernen und zeitgemäßen Gesetzgebung im Versammlungsrecht aufgerufen. Nur wenige Bundesländer

haben von der Gesetzgebungszuständigkeit bisher Gebrauch gemacht und auch die Vorgängerregierungen in NRW sind in diesem Bereich nicht tätig geworden. Mit dem Koalitionsvertrag haben CDU und FDP 2017 ein neues Versammlungsgesetz zu ihrer Aufgabe gemacht – und nun liefert die Landesregierung.

Am 21. Januar hat das Ministerium des Innern dem Landtag einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der nicht nur ein modernes Versammlungsgesetz

entwirft, sondern auch auf die akute Gefahr für unsere Demokratie durch extremistische Demonstrationen eingeht. So soll beispielsweise verhindert werden, dass die politische Linke rechtsextreme Demonstrationen behindert, oder auch nur zur Blockade einer solchen aufruft.

Auch Rechtsextreme sollen das Demonstrationsrecht nicht mehr für ihre Zwecke missbrauchen können, indem bestimmte Orte und Tage geschützt werden, sodass wir beispielsweise nie

wieder am 9. November Verharmlosungen des NS-Regimes erleben müssen.

Die wichtigsten praktisch wirksamen Änderungen am bisherigen Recht gestalten sich wie folgt:

Kooperation von Polizei und Veranstalter verstärken

In der Praxis finden zwar bereits jetzt Vorgespräche und Kooperationen zwischen Polizei und Veranstaltern von Demonstrationen statt, allerdings gibt es dazu bislang keine ausdrückliche Rechtsvorschrift.

Durch das Versammlungsgesetz soll die Kooperation zwischen Polizei und Veranstaltern eine neue Qualität bekommen, damit Demonstrationen reibungslos verlaufen und die Freiheit der Demonstranten gewährleistet werden kann.

Mehr Aufgaben für die Versammlungsleitung

Bisher steht vor allem die Polizei in der Pflicht, für Rechtstreue in einer Versammlung zu sorgen. Künftig soll klar geregelt werden, dass auch die Versammlungsleitung das Recht und die Pflicht hat, in Absprache mit der Polizei erhebliche Störer auszuschließen. Da der Ausschluss von Teilnehmern einer Demo erhebliches Eskalationspotenzial birgt, brauchen entsprechende Anordnungen aber die Zustimmung der Polizei.

Störer stärker und präziser verurteilen

Zielgerichtete Störungen bevorstehen der Demonstrationen sollen verboten werden, um den Schutz der Versammlung zu erhöhen. Das bedeutet zum Beispiel, dass so genannte Blockadetrainings vor einer Demonstration,



Durch das neue Versammlungsgesetz soll die Kooperation von Polizei und Veranstaltern eine neue Qualität bekommen.

die einzig und allein eine Störung der Versammlung bezwecken, untersagt sind.

Klare Richtlinien für ein Vermummungs- und Militanzverbot.

Das neue Gesetz soll das Vermummungsverbot mit den Anforderungen der Rechtsprechung in Einklang bringen: Vermummungen sind demnach dann verboten, wenn sie die eigene Identität verschleiern sollen, um anonym Straftaten oder ähnliche Störungen zu verüben. Außerdem soll das Tragen von Uniformen oder ähnlichen gemeinschaftlichen Merkmalen verboten werden, wenn sie Gewaltbereitschaft vermitteln und dadurch einschüchtern.

Verharmlosungen des NS-Regimes verhindern

Rechtsextreme Propaganda, die sich

am Rande der Legalität bewegt, soll durch das neue Gesetz präziser unterbunden werden. So sollen zum Beispiel Gedenktage wie der 9. November (Reichspogromnacht) oder der 27. Januar (Befreiung von Auschwitz) unter besonderen Schutz gestellt werden können.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Versammlungsgesetzes wurden klare und verständliche Regelungen für Demonstrationen und Kundgebungen geschaffen, die sich an der heutigen Zeit orientieren.

Die Polizei wird mehr Befugnisse erhalten, um den friedlichen Ablauf von Versammlungen garantieren zu können.

Derzeit wird das Gesetz in den zuständigen Ausschüssen beraten, sowie eine Anhörung von Sachverständigen vorbereitet und voraussichtlich bis zum zweiten Halbjahr 2021 zur 2. Lesung im Plenum debattiert werden.

Thomas Schnelle

So erreichen Sie Bernd Krückel:

Düsseldorfer Büro

Tel.: 0211/8842764

Fax: 0211/8843319

E-Mail: bernd.krueckel@landtag.nrw.de

So erreichen Sie Thomas Schnelle:

Düsseldorfer Büro

Tel.: 0211/8842780

Fax: 0211/8843319

E-Mail: thomas.schnelle@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro Tel.: 02433/85054 · Wildauer Platz · 41836 Hückelhoven



Mit Freude in den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mich als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz entsandt.

Als Rechtsanwalt freue mich auf diese Aufgabe. Meine Arbeit in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales, für Ernährung und Landwirtschaft, im Richterwahlausschuss und meine

Funktion als Behindertenbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werde ich natürlich fortführen. Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz berät Vorlagen zu allen Bereichen der Rechtspolitik (Verfassungs-, Zivil- und Strafrecht) sowie über Fragen des Schutzes der Verbraucherinnen und Verbraucher. Darüber hinaus ist er für die Beteiligung des

Parlamentes in Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zuständig. Der Rechtsausschuss prüft zudem, ob Gesetzentwürfe den Grundsätzen der Rechtsförmlichkeit und dem Grundgesetz entsprechen.

Ich freue mich auf diese Aufgabe und danke für das mir entgegengebrachte Vertrauen.

Nationaler Aktionsplan gegen Vereinsamung

Einsamkeit ist immer noch ein Tabuthema, das aber während der Pandemie vermehrt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt.

Geschlossene Altenheime, Bewohner, die ihre Familien und Angehörigen sowie Freunde aufgrund der Gefahr eines schweren Krankheitsverlaufs nicht mehr sehen dürfen. Kontaktbeschränkungen für Familienangehörige, Abgeschnittensein vom sozialen Leben und vom persönlichen Austausch. Betroffen sind nahezu alle Bevölkerungsschichten und Altersstrukturen. Auch die Einführung von Homeoffice trägt hierzu vermehrt bei. Direkte Kontakte zu Kollegen unterbleiben. Mit ihnen verbringen arbeitstätige Menschen sonst einen Großteil ihrer Zeit auf ihrer Arbeitsstelle. Besonders trifft es natürlich die Alten, Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne weitere soziale Anbindung innerhalb der Gesellschaft. Grund genug für die CDU-CSU-Bundestagsfraktion, sich dieses Themas mit einem Positionspapier anzunehmen. Nach eingehender Analyse sollen Konzepte gegen die Vereinsamung, zur Einbin-



Besonders ältere Menschen sehnen sich nach einem Besuch ihrer Liebsten. Foto: Pixabay

dung von Menschen ohne Beziehung zur Gemeinschaft oder Gesellschaft, entwickelt werden. Gerade die jetzige Situation macht ein Handeln und das Entwickeln einer Strategie notwendig. Es gibt vielerlei Möglichkeiten: Pri-

vates Engagement und freiwilliges Einbringen von Freizeit in die Arbeit der Vereine, um anderen zu helfen. Vorantreiben der Digitalisierung, Entwicklung von einfach zu bedienenden Apps zur Kontaktpflege.

Das Positionspapier geht von einem ganzheitlichen Ansatz aus. Hierzu gehören persönlicher Einsatz von Ehrenamtlern und Privatpersonen, die Digitalisierung sowie die stärkere Institutionalisierung der Forschung. Außerdem die Ermittlung datenbasierter Bedarfe, die lokal zielgerichtet sind. Wichtig ist die Vernetzung, Zusammenarbeit und Ergänzung

von Akteuren wie Krankenkassen und Trägern von Alten- und Pflegeheimen. Außerdem soll ein Einsamkeitsbeauftragter der Bundesregierung als zentraler Ansprechpartner bestellt werden, der die Umsetzung der Strategien koordiniert. Ein „nationaler Aktionsplan Einsamkeit“ soll konkrete Ziele definieren und Maßnahmen strukturieren,

Impulse für das Engagement der beteiligten Akteure setzen und Schritte des Bundes initiieren. Das Positionspapier kann auf meiner homepage unter <https://www.wilfried-oellers.de/neues-positionspapier-der-cdu-csu-bundestagsfraktion-zum-thema-einsamkeit-eine-wachsende-herausforderung/> eingesehen werden.

Ein wirklich scharfes Schwert im Kampf gegen die Clankriminalität

Straftaten sollen sich nicht lohnen dürfen. Diese klare Botschaft wird mit der Verschärfung der Geldwäschevorschriften jetzt Gesetz.

Es setzt auf das Prinzip ‚Follow the money‘ und soll organisierte Kriminalität und kriminelle Clans genau da treffen, wo es ihnen weh tut, nämlich beim Geld. Die Strafverfolgung wird deutlich erleichtert, genauso auch die Abschöpfung von inkriminiertem Vermögen in der Praxis. Hierzu wird der sogenannte Vortatenkatalog im Gesetz abgeschafft.

Das bedeutet, egal aus welcher Straftat Vorteile gezogen wurden, diese können zukünftig eingezogen werden. Und auch wer leichtfertig hilft, Vermögen zu verschleiern und zu waschen, wird weiterhin bestraft werden können. Das SPD-geführte Justizministerium wollte die Strafverfolgung eigentlich erschweren, das hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im parlamentarischen Verfahren verhindert.

Das war wichtig, damit die Strafverfolgungsbehörden jetzt ein wirklich scharfes Schwert im Kampf gegen Clankriminalität und Terrorismus in der Hand haben. Das Gesetz ist ein enormer Fortschritt im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus.

Es ist außerdem ein wichtiges Signal an alle Kriminellen: Der Abschöpfungshahn wird auf- und der Geldhahn zugedreht.

Geldwäscher werden künftig vollumfänglich zur Verantwortung gezogen - ganz gleich, aus welcher Vortat Kapital geschlagen wurde. Außerdem können inkriminierte Gegenstände künf-



Die Geldwäschevorschrift wird verschärft und ist eine klare Botschaft an Kriminelle.

Foto: Pixabay

tig auch dann eingezogen werden, wenn sich der Verdacht einer Tat erst im Laufe der Ermittlungen bestätigt. Damit haben wir die unverhältnismäßig hohen und zweckwidrigen Hürden

für die selbstständige Einziehungsentscheidung von Vermögen unklarer Herkunft herabgesetzt. Auch hier wird unsere Botschaft – Verbrechen dürfen sich nicht lohnen – Gesetz.

So erreichen Sie Wilfried Oellers:

Wahlkreisbüro

Schafhausener Str. 42

52525 Heinsberg

Tel.: 02452 - 9788120

Fax: 02452 - 9788125

E-Mail: wilfried.oellers@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 22777231

Fax: 030 - 22776233

E-Mail: wilfried.oellers@bundestag.de

Web: www.wilfried-oellers.de

Facebook: <https://www.facebook.com/WilfriedOellers.CDU>

Über 95.000 Euro für Scherpenseeler Reiter

„Gute Nachrichten habe ich für alle Sportlerinnen und Sportler in Übach-Palenberg!

ne Um- und Ausbauten. Mit „Moderne Sportstätte 2022“ hat die NRW-Koalition das größte Sportförderprogramm

nachhaltige Modernisierung, Sanierung sowie Um- oder Ersatzneubau ihrer Sportstätten und Sportanlagen durchführen können.

Der gesamte Kreis Heinsberg erhält Fördergelder in Höhe von fast vier Millionen Euro. Nachdem in den vergangenen Legislaturperioden unter Rot-Grün die Investitionen in unsere Sportstätten gestockt haben, hat die Landesregierung mit dem Sportstättenförderprogramm ein deutliches Zeichen gesetzt und stärkt so NRW weiterhin als Sportland Nummer 1. Der Reitverein Scherpenseel 1974 e.V. erhält nun 95.630 Euro für die Modernisierung seines Außenreitplatzes. Mit dem Förderbescheid können die Verantwortlichen der Vereine mit den Arbeiten beginnen. Ich freue mich sehr, dass der Übach-Palenberger Verein nun die Möglichkeit hat, eine moderne und bedarfsgerechte Sportstätte anzubieten.

Denn nur wenn Sportstätten auf dem neuesten Stand sind, können die Vereine ihre wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft wahrnehmen!

Bernd Krückel



Jetzt sind es die Pferdefreunde in Scherpenseel, die sich über eine tolle Geldsumme freuen können.

Foto: Pixabay

In der aktuellen Förderrunde des Sportstättenförderprogramms „Moderne Sportstätte 2022“ erhält ein Verein der Stadt über 95.000 Euro für verschiedene

aufgelegt, das es je in Nordrhein-Westfalen gegeben hat – Gesamtvolumen: 300 Millionen Euro. Damit sollen die Vereine in Nordrhein-Westfalen eine

Money, Money, Money...

Die CDU Gangelt macht den März in Kooperation mit der MIT zum Monat des Euros!

In fünf Onlineveranstaltungen laden die CDU Gangelt und die MIT des CDU Kreisverbandes Heinsberg zur Diskussion über den Euro, seine Verwendung und die Bewertung im Finanzsektor ein. **Mit dabei sind:**

Sie möchten gerne beim Meeting Fragen stellen und/oder mitdiskutieren? Dann melden Sie sich gerne über die Kreisgeschäftsstelle der CDU an und schicken Sie uns gerne Ihre Fragen an **Dagmar.ohlenforst@t-online.de** oder **Stephanie.jabusch-pergens@gmx.de**. Ihre CDU Gangelt



VORTRAGENDER	THEMA	DATUM
Dr. Stephan Berger, MdEP	Währung der Zukunft-Ist der Euro zukunftsfähig? (Kryptowährung: eEuro)	10.03.2021, 19 Uhr
Arnd Schürmann (KSK)	Wandel der Bank: Digitalisierung im Bankenwesen	18.03.2021, 19 Uhr
Bernd Krückel, MdL	Corona und öffentliche Haushalte: Woher kommt das Geld?	23.03.2021, 19 Uhr
Christoph Kaminski (VR-Bank)	o-Zins-Politik der EZB	25.03.2021, 19 Uhr
Dr. Markus Pieper, MdEP	Verwendung der EU-Gelder in der Coronapandemie (wirtschaftlich-aktuelle Situation)	lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor

Das Virus besser kennenlernen und Impfstoffe daran anpassen

Die kürzlich durchgeführte virtuelle Kaffeerunde zum Thema Corona-impfstoff hat viele neue Fragen hervorgebracht.

Vorab hat Dr. Hanno Kehren in einem Impulsvortrag Erläuterungen zum Impfvorgang, den Mutationen und Varianten des Virus und ihre Wirksamkeit bzw. die Wirksamkeit der Impfstoffe hiergegen erläutert. Außerdem ging er noch auf die verschiedenen CO-VID-19-Impfstoffe ein, die noch in der Entwicklung oder im Zulassungsverfahren sind. Es gibt inzwischen weltweit rund 180 Impfstoffprojekte in klinischen Erprobungsphasen oder in früheren Entwicklungsstadien. Daneben wird von den Produzenten an der Anpassung der Impfstoffe an die Virusvarianten gearbeitet.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der virtuellen Kaffeerunde hatten sehr interessante Fragen. Es ging um unbegründete Unfruchtbarkeits- oder Genmanipulationsbehauptungen,

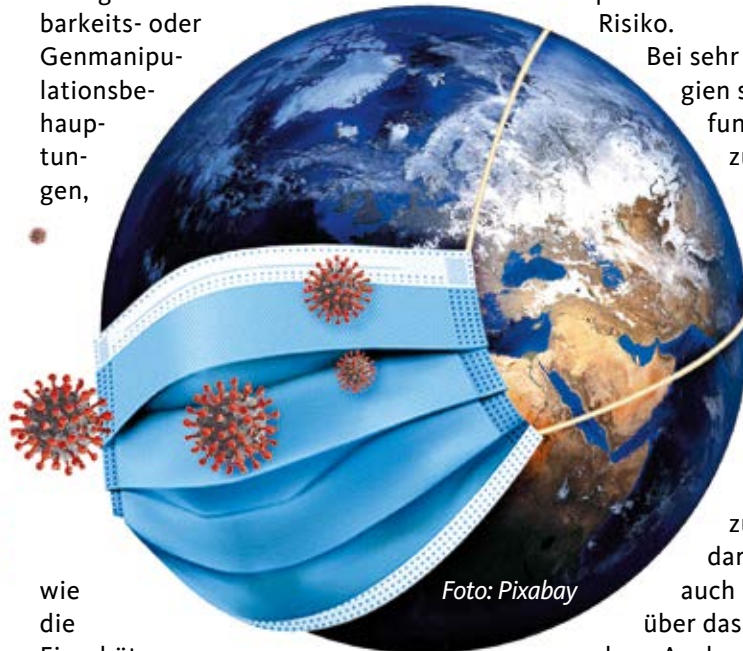
wie die Einschätzung zu den einzelnen Impfstoffen sei und wie insbesondere die chinesischen oder russischen Impfstoffe zu betrachten sind. Auch das Risiko von Allergikerinnen und Allergikern in Zusammenhang

mit dem Impfstoff wurde diskutiert: Laut Dr. Hanno Kehren besteht für die meisten von ihnen unter Risiko/Nutzen-Aspekten ein durchaus tolerables Risiko.

Bei sehr schweren Allergien sollte die Impfung allerdings sehr zurückhaltend und nach eingehender Würdigung der individuellen Situation verabreicht werden. Dr. Christiane Leonards-Schippers ergänzte, dass die Mutationen zwar ein zusätzliches Risiko darstellen, uns aber auch neue Erkenntnisse

über das Virus ermöglichen. Auch wenn das Format die persönliche Begegnung natürlich nicht ersetzen kann, war die Veranstaltung gut gelungen.

Dr. Hanno Kehren und Stephanie Jabusch-Pergens



WILFRIED OELLERS DIGITAL TALK

Kinderrechte im Grundgesetz



Wilfried Oellers MdB
Bundestagsabgeordneter
Kreis Heinsberg



Michael Kutz
Deutscher Kinderschutzbund
Ortsverband Erkelenz



Thorsten Frei MdB
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

WEBEX-VIDEOKONFERENZ

Anmeldung unter wilfried.oellers.wk@bundestag.de*

*Zugangsdaten werden im Anschluss an die Anmeldung zugesandt.

CDU

Mittwoch 31. März 2021

19:00 – 20:30 Uhr

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte Kinderrechte im Grundgesetz sichtbar machen. So verankern wir das Kindeswohl erstmals ausdrücklich in unserer Verfassung. Als CDU/CSU sorgen wir dafür, dass gleichzeitig die Erstverantwortung der Eltern für ihre Kinder gewahrt bleibt. Mit der erzielten Einigung mit dem Koalitionspartner beenden wir eine jahrzehntelange Debatte über Kinderrechte im Grundgesetz. Der Kompromiss setzt um, was wir uns im Koalitionsvertrag und schon zuvor im Wahlprogramm von CDU und CSU vorgenommen haben.

Landwirte im Kreis können aufatmen

Landwirtinnen und Landwirte können vor Beginn der Düngesaison aufatmen: „Aktuelle Daten und eine differenzierte Betrachtung von unbelasteten Teilgebieten lassen in ganz NRW deutlich weniger Gebiete mit nitratbelastetem Grundwasser erkennen.

Gerade im Kreis Heinsberg, in denen die Landwirtschaft aufgrund der unter der Rot-Grünen Vorgängerregierung ausgewiesenen Gebietskulisse große Einschränkungen hinnehmen musste, werden die Erfolge der Politik, des Umweltschutzes, aber vor allem auch der Einsatz von Landwirtinnen und Landwirten nun deutlich“ teilen die Heinsberger Landtagsabgeordneten Bernd Krückel und Thomas Schnelle übereinstimmend mit.

Das für die Landwirtschaft bedeutende Informationssystem ELWAS-Web stellt für ganz Nordrhein-Westfalen wasserwirtschaftliche Daten bereit. Für den Schutz von nitratbelastetem Grundwasser ist das vom Umweltministerium bereitgestellte Portal ein wichtiges Werkzeug, an dem sich auch die Landwirtschaft für die Mengen der ausgebrachten Düngemittel orientiert. Von ursprünglich über 1 Million Hektar der ausgewiesenen, nitratbelasteten „roten“ Gebiete in NRW sind heute nur noch rund 165.000 Hektar übrig. Dieser Erfolg lässt sich vorwiegend auf zwei Faktoren zurückführen. Zum einen sieht man an der neuen Gebietskulisse, dass alle Maßnahmen zum



Die CDU-Landtagsabgeordneten des Kreis Heinsberg, Bernd Krückel und Thomas Schnelle, verweisen auf die aktuellen Daten in nitratbelasteten Gebieten.

Schutz des Grundwassers greifen und sich die Nitratbelastung des Bodens messbar reduziert. Der große Sprung bei der Abnahme der roten Gebiete gelang jedoch auch aufgrund des Engagements der Landwirtinnen und Landwirte, sowie der Agrarpolitik der NRW-Koalition.

„Wir konnten eine differenziertere Betrachtung der ausgewiesenen Gebiete durchsetzen und somit viele unbelastete Teilgebiete neu bewerten. Die Nitratbelastung war in dieser Hinsicht nie so hoch, wie es die unter Rot/Grün eingeführte, gröbere Gebietskulisse suggeriert hat“, so unsere Landtagsabgeordneten. „Ich werte dies als großen Erfolg für unsere Landwirtinnen und

Landwirte im Kreis, denen nun Recht gegeben wurde mit ihrer Kritik an der bisherigen Gebietskulisse“, so Bernd Krückel.

„Unsere gemeinsame Aufgabe ist nun, auch die verbleibenden nitratbelasteten Gebiete unter die Grenzwerte zu bringen.

Für ein gesundes Grundwasser, eine zukunfts feste Agrarpolitik und dafür, dass die Landwirtschaft wieder die Anerkennung erhält, die sie verdient hat,“ merkte Thomas Schnelle hierzu an. „Die noch bestehenden Unklarheiten, z.B. gerade am Tagebaurand, werden im Laufe des Jahres durch ein besonderes geostatistisches Verfahren aufgearbeitet.“

Ambulante Krebsberatungsstellen sind jetzt gesetzlich gesichert

Den Weltkrebstag 2021 habe ich zum Anlass genommen, mich über die Arbeit der ehrenamtlichen Einrichtungen, wie die Kinderkrebshilfe in Ophoven, in Zeiten der Pandemie zu erkundigen.

Die Begleitung und Unterstützung krebserkrankter Menschen ist gerade in Zeiten der Pandemie eine große

Herausforderung, aber auch eine wichtige Aufgabe, die die ehrenamtlichen Vereine unter Einhaltung der Coronabestimmungen leisten. Allerdings erschwert die Pandemie den so wichtigen Kontakt zu den Menschen, nicht nur bei krebserkrankten Menschen, sondern in allen betreuungsbedürftigen Lebenslagen. Auch der Erstkontakt der krebserkrank-

ten Menschen zu den Vereinen ist erschwert, weil die Veranstaltungen, auf denen diese Vereine ihre Unterstützung anbieten, nicht stattfinden können. In diesen Zeiten ist es daher ein wichtiges Signal, dass wir im Deutschen Bundestag die finanzielle Grundlage für ambulante Krebsberatungsstellen gesetzlich gesichert haben.

Wilfried Oellers

Interessanter Austausch mit Sabine Verheyen

Die Frauen Union NRW lud kürzlich interessierte Frauen zu einer Videokonferenz mit Sabine Verheyen, der Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament, ein.

Unsere Landesvorsitzende, Ministerin Ina Scharrenbach, begrüßte Sabina Verheyen und alle interessierten Frauen. 100 Teilnehmerinnen aus NRW hatten die Möglichkeit, teilzunehmen. Schwerpunkte dieser Konferenz waren der „BREXIT und seine Folgen auch für NRW“ und der „Aktionsplan für digitale Bildung 2021-2027“.

Brexit und seine Folgen auch für NRW

Fakt ist, Großbritannien hat zum 31.12.2020 die Europäische Union verlassen. Sabine Verheyen verwies auf die Historie und insbesondere darauf, dass Nordrhein-Westfalen 1946 von den Briten gegründet wurde. Uns verbinden

daneben umfangreiche und wichtige Wirtschaftsbeziehungen, die durch den Brexit belastet, zumindest aber sehr erschwert wurden, was auch in den ersten Wochen des neuen Jahres schon deutlich zu erkennen war, beispielsweise am Transit- und Zollverkehr (u.a. lange Wartezeiten, Fischerproblematik, Fangquoten), bei ungeklärten Fragen im Bereich Gastarbeiter (z.B. Polen) oder im Bankenbereich.

Aktionsplan für digitale Bildung 2021 – 2027

Zum Arbeitsbereich Kultur und Bildung gehören neben der Verbreitung der Kultur auch die Verbreitung des kulturellen Erbes und der sprachlichen Vielfalt, Jugend und Sport sowie Politik im audiovisuellen Bereich und insbesondere der Bereich BILDUNG. Sabine Verheyen erläuterte die drin-

gend notwendige inhaltliche Neuaufstellung des Bildungswesens der Europäischen Union für das digitale Zeitalter.

An den Plänen wurde bereits lange vor der Coronapandemie gearbeitet. Die Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen verdeutlichten jedoch die Dringlichkeit dieses Themas. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere über das in der Vergangenheit sehr erfolgreiche Bildungsprogramm ERASMUS informiert und diskutiert.

Sabine Verheyen berichtet über die Enttäuschung der EU, dass Großbritannien aus diesem Programm ausgestiegen sei. Die EU habe zahlreiche Angebote zur Fortführung unterbrei-

setz eine Aufhebung ermöglicht habe. Jeder Mitgliedsstaat kann die Handhabung frei entscheiden.

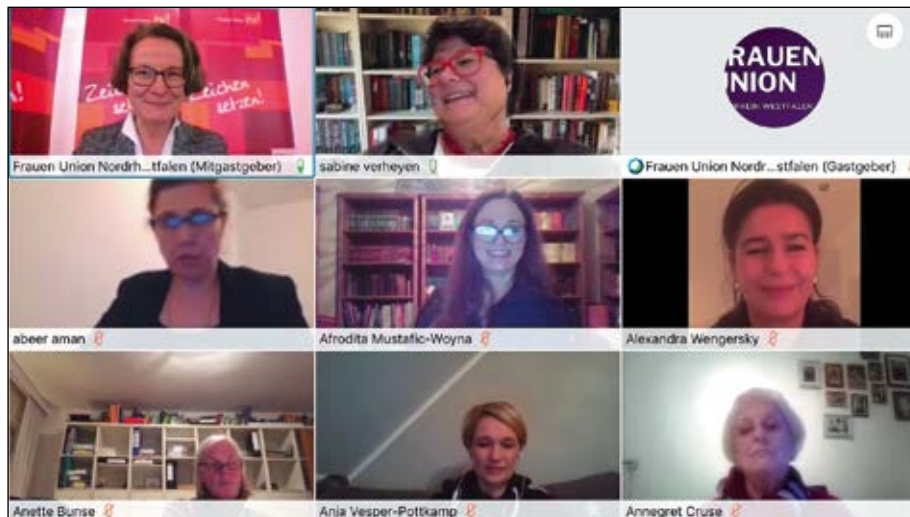
- Anerkennung der Schul- und Studienabschlüsse wurden für die Vergangenheit geregelt. Es herrscht noch große Unstimmigkeit und Unsicherheit über die zukünftige Handhabung.

- Viele Arbeitsmarktfragen sind offen. Es hat den Anschein, dass man osteuropäische Mitarbeiter den britischen Märkten fernhalten möchte. Wehklagen hilft nicht weiter. Es muss weiterhin verhandelt werden, um eventuelle Änderungen/Erleichterungen zu erzielen. Sonderbehandlungen, wie im Fall Norwegens, kann es nur geben,

wenn beide Seiten sich bewegen und zu fairen Lösungen bereit seien. „Rosinenpickerei“, so Sabine Verheyen, wird es allerdings nicht geben.

Digitale Bildung

Sowohl Ina Scharrenbach als auch Sabine Verheyen wiesen darauf hin, dass die



tet, die auf der Gegenseite nicht auf Zustimmung gestoßen seien. Eine Fortführung ohne Kostenbeteiligung sei aber nicht möglich.

Auch die Proteste Schottlands hätten nichts bewirkt (ein neues Referendum Schottlands sei zum jetzigen Zeitpunkt sehr fraglich). Bezüglich Nordirlands herrsche durch positive Sonderverhandlungen eine andere Situation. Nordirland beteiligt sich weiterhin vollumfänglich und übernimmt die Kosten.

Wichtig waren den Teilnehmern zudem aber auch

- Fragen zum Thema „Englisch als Weltsprache“ und in diesem Zusammenhang Alternativen für Studenten und Austauschsemester.

- Die Uhrumstellung. Sabine Verheyen machte deutlich, dass die EU per Ge-

Infrastrukturförderung in NRW in den letzten Jahren erhebliche Verbesserungen erreicht habe. Hier liege aber noch viel Arbeit vor uns. Ministerin Ina Scharrenbach wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in Nordrhein-Westfalen zwischenzeitlich die vier Telefonanbieter beim Netzausbau und -angebot kooperieren dürfen. Weiterbildung ist und bleibt bei der Digitalisierung das A und O für die Mitarbeiter in Verwaltung und Wirtschaft und insbesondere auch im Bildungsbereich.

Sabine Verheyen dankte abschließend allen Teilnehmerinnen für das rege Interesse und der Landes-FU für die gute Organisation der Videokonferenz. Ministerin Ina Scharrenbach machte darauf aufmerksam, dass die Landes-FU mit diesen Formaten fortfahren wird.

Die nächsten Videokonferenzen sind bereits geplant.

Barbara Conrads

Landschaftsverband Rheinland ist gut für den Kreis Heinsberg

Der Kreis Heinsberg wird in der 15. Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes (LVR), die man auch den „Rheinischen Rat“ nennt, durch mich und Ullrich Sonntag vertreten. Was heißt das für den Kreis Heinsberg?

Der Landschaftsverband Rheinland arbeitet als Kommunalverband mit rund 19.000 Beschäftigten für die etwa 9,7 Millionen Menschen im Rheinland. Er erfüllt rheinlandweit Aufgaben in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und der Kultur. Er ist der größte Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen in Deutschland und betreibt 41 Schulen, zehn Kliniken, drei Heilpädagogische Netze sowie 20 Museen und Kultureinrichtungen. Er engagiert sich für eine inklusive Gesellschaft in allen Lebensbereichen. Unser Kreis Heinsberg hat im Haushaltsjahr 2019 eine Umlage in Höhe von 57,2 Millionen Euro an den Landschaftsverband Rheinland gezahlt. Im gleichen Zeitraum flossen jedoch Leistungen in Höhe von 144,1 Millionen Euro in den Kreis zurück. Mehr als 86 Millionen Euro hiervon sind Eigenmittel des LVR und rund 58,1 Millionen Euro stammen aus Bundes- und Landesmitteln, die vom LVR bewirtschaftet werden, sowie aus der Ausgleichsabgabe. Rund 88 Millionen Euro wurden vom LVR im Kreis Heinsberg für die Sozialhilfeleistungen für Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten sowie für die Förderschulen, die Kriegsopferfürsorge und Hilfen für schwerbehinderte Menschen



Dr. Christiane Leonards-Schippers und Ullrich Sonntag vertreten den Kreis Heinsberg in der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland.

im Beruf verausgabt. Mit über 41.000 Euro förderte der LVR im Kreis Heinsberg zudem Aktivitäten im Rahmen der Kulturpflege. Insgesamt sind im LVR-Klinikverbund und im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen im Kreis Heinsberg 161 Mitarbeitende direkt beim LVR beschäftigt. Politisch gesteuert wird der LVR durch die Landschaftsversammlung. Hierhin wählen die Kreistage und Stadträte ihre Vertreterinnen und Vertreter. Die 15. Landschaftsversammlung Rheinland spiegelt die Zusammensetzung der Wahlergebnisse der Kommunalwahl im Rheinland wider. Zwischen dem 1. November und dem 14. Dezember 2020 hatten der Städteregionstag Aachen, die Räte der 13 kreisfreien Städte und die 12 Kreistage im Rheinland ihre Vertreterinnen und Vertreter für die 15. Landschaftsversammlung Rheinland gewählt. Sie ist eines der drei Organe des Landschaftsverbandes Rheinland. Im

Januar fand die konstituierende Sitzung im „Kölner Gürzenich“ statt. Die Landschaftsversammlung aus 126 Mitgliedern setzt sich aus 8 Fraktionen zusammen: u.a. CDU mit 43 Sitzen, SPD mit 30, Grüne 28 Sitzen (www.lvr.de). Sie beschließt über Grundsatzangelegenheiten des Kommunalverbandes, verabschiedet den Haushalt und wählt eine/n Landesdirektorin/-direktor sowie die Landesrätinnen und Landesräte (Dezernatsleitungen). Der Landschaftsausschuss trifft nach Vorberatung in Fachausschüssen Entscheidungen, die nicht der Landschaftsversammlung vorbehalten sind. Die amtierende Direktorin des Landschaftsverbandes, Ulrike Lubek, wurde für acht Jahre von der Landschaftsversammlung gewählt. Sie führt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und vertritt den Landschaftsverband in allen Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten.

Dr. Christiane Leonards-Schippers

Christiane Leonards-Schippers: Beisitzerin im CDU-Fraktionsvorstand

Ausschüsse:

Ordentliches Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss
Sozialausschuss
Kulturausschuss
Krankenhausausschuss 3
Umweltausschuss/ Sprecherin der CDU-Fraktion

Stellvertretendes Mitglied im

Landschaftsausschuss
Bau-/Vergabeausschuss
HPH-Ausschuss
Inklusionsausschuss
Kommission Albert-Steeger Preis

Ullrich Sonntag: 3. Stellvertr. CDU-Fraktionsvorsitzender

Ausschüsse:

Ordentliches Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss
Bau- und Vergabeausschuss

(Sprecher der CDU-Fraktion)
Krankenhausausschuss 3
Gesellschafterversammlung Bauen für Menschen

Stellvertretendes Mitglied im Landschaftsausschuss
Umweltausschuss
Krankenhausausschuss 1
Krankenhausausschuss 2
Kommission Europa
Kommission Ottoplatz



Wie will die EU bis 2050 eine Kreislaufwirtschaft erreichen?

Wenn sich die Art und Weise, wie wir Ressourcen verbrauchen, nicht ändert, bräuchten wir bis 2050 drei Erden, um unseren Bedarf zu decken.

Eine Erkenntnis, die uns leider wieder deutlich vor Augen führt, dass wir den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft dringend brauchen und Handlungsbedarf besteht. So erfordern die Ressourcenknappheit und der Klimawandel den Übergang von einer Wegwerfgesellschaft, in der genommen, hergestellt, verbraucht und weggeworfen wird, hin zu einer kohlenstoffneutralen, ökologisch nachhaltigen und schadstofffreien Kreislaufwirtschaft bis 2050.

In den letzten Jahren hat sich die EU bereits intensiv mit dem Thema Kreislaufwirtschaft beschäftigt. Die EU unterstützt beispielsweise schon seit Jahren Forscherinnen und Forscher, die an Lösungen für den ständig wachsenden Rohstoffbedarf arbeiten und der Industrie innovative Technologien für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft bereitstellen. Auch haben sich schon viele Unternehmen unter den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsplans aus dem Jahr 2015 auf den Weg zur Produktion nachhaltigerer Produkte gemacht. Diese Innovationskraft macht Europa zum weltweiten Vorreiter. Diese Rolle wollen wir als CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament ausbauen und verstetigen und dadurch zukunftsfähige Arbeitsplätze sichern.

Zukünftig soll das Thema Kreislaufwirtschaft noch stärker in Angriff genommen werden. So legte die EU-Kommission letztes Jahr einen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft vor, der sich auf Abfallvermeidung und -wirtschaft

konzentriert und darauf abzielt, das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern. Der neue Aktionsplan steht im Einklang mit dem Europäischen Grünen Deal und dem damit verbundenen Ziel eines klimaneutralen Europas bis 2050.

Als EU-Parlament haben wir nun im Februarplenum einen Initiativbericht verabschiedet und Position zum neuen Aktionsplan bezogen. Darin sprechen wir uns für verbindliche Ziele aus, um den Materialverbrauch bis 2030 zu senken und Abfälle auf ein Minimum zu reduzieren. Auch der Designprozess von Produkten soll einbezogen werden, damit kaputte Einzelteile einfacher ersetzt werden können.

Für uns als CDU/CSU-Gruppe ist klar, dass Europa Herausforderungen wie Ressourcenknappheit und wachsende Müllberge gemeinsam angehen muss. Die Kreislaufwirtschaft ist hierfür von strategischer Bedeutung und leistet einen bedeutenden Beitrag auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist für uns der Bedarf an Rohmaterialien, der derzeit nur zu zwölf Prozent aus recycelten Materialien gedeckt wird.

Wir setzen uns dafür ein, diesen Prozentsatz deutlich zu erhöhen. Um das

zu ermöglichen, müssen jedoch auch die Qualitätsstandards für Sekundärrohstoffe auf ein vertrauensvolles Niveau angehoben werden. Wichtig ist auch, dass sich Europa hier nicht im Mikromanagement verliert und regulatorische Zielkonflikte pragmatisch löst.

Ein Übergang zur Kreislaufwirtschaft schützt in unseren Augen nicht nur unseren Planeten vor zunehmender Verschmutzung, sondern stärkt auch unsere Wirtschaft. So werden durch die Kreislaufwirtschaft neue Geschäftsfelder erschlossen, nachhaltige Innovation vorangetrieben und Arbeitsplätze geschaffen.

Für uns steht fest, dass Nachhaltigkeit, Wachstum und Wohlstand keine Gegensätze sind, sondern einander bedingen. Der neue Aktionsplan der EU-Kommission ist nun ein wichtiger Schritt hin zu einer umfassenden Kreislaufwirtschaft und damit zu einem gesteigerten Wachstum sowie zu einem bewussteren Umgang mit unserer Umwelt und unseren Ressourcen.

Ihre Europaabgeordnete

Sabine Verheyen

So erreichen Sie Sabine Verheyen:

Europabüro Aachen

Monheimsalle 37

52062 Aachen

Tel.: 0241 - 5600 6933/34

Fax: 0241 - 5600 6885

E-Mail: sabine.verheyen@ep.europa.eu

Mitarbeiter: Sandra Esser

Eva-Maria Leitner

Europabüro Brüssel

Rue Wiertz SPINELLI 15E202

B 1047 Brüssel

Tel.: 0032 228 37299/47299

Fax: 0032 228 49299

E-Mail: sabine.verheyen@ep.europa.eu

Mitarbeiter: Katharina Bertl

Jill Maassen



Der Tierarzt, der die Demokratie sichern möchte!

Der Gangelter Gemeinderat war das politische Ziel von Dr. Arndt Vossen (49). Das hat er mit der Kommunalwahl 2020 erreicht und so gestaltet die CDU-Fraktion mit ihm nun die Gangelter Geschicke. Unsere Fachfrau für Interviews, Stephanie Jabusch-Pergens, hat sich mit dem Tierarzt mit politischen Ambitionen unterhalten:

Frage: Hallo Arndt! Wir beide haben was gemeinsam, oder?

Antwort: Ja, die Kreisverwaltung! Als Tierarzt arbeite ich bei der Kreisverwaltung im Veterinäramt. Vorher hab ich aber schon einige andere Stationen durchlaufen.

Frage: Blicken wir erst einmal auf dein Studium. Wo hast Du da gelebt?

Antwort: Ich bin zwar sehr heimatverbunden, aber mein Studium habe ich in Gießen absolviert. In Gangelt bin ich aber aufgewachsen und hier lebe ich jetzt mit meiner Lebensgefährtin Binnur und unserem zehnjährigen Sohn Malik. Nach Gießen habe ich einige Jahre in Büsum am Meer für die Uni Kiel mit Walen und Robben gearbeitet. Das war spannend. Wir haben damals Seehunde gefangen, um sie zu untersuchen und sie mit Satellitensendern auszustatten. Es war eine tolle Zeit, denn wer hat schon mal Walen oder Seehunden Blut abgenommen? (lacht)

Das habe ich dann hinter mir gelassen und bin mit und mit wieder in Richtung Heimat gekommen. Zuerst war ich in Siegburg und anschließend in Grevenbroich. Als ich dort gearbeitet habe, bin ich wieder zurück in meinen Heimatort gezogen. Dies ist für meine Familie und mich genau der richtige Ort zum Leben. Und zu guter Letzt hatte ich dann etwas Glück, meine Arbeit in Heinsberg aufnehmen zu können.



Mit seiner Lebensgefährtin Binnur und Sohn Malik wagt sich Dr. Arndt Vossen gerne aus Eis.

Frage: Was macht Gangelt für dich und deine Familie so besonders?

Antwort: Es ist für viele eher ungewöhnlich in die Heimat zurückzukommen. Aber Gangelt gefällt uns! Wir wohnen hier ländlich und haben viel Natur. Zugleich sind tolle Städte schnell mit dem Auto zu erreichen. Köln und Aachen gefallen uns besonders, aber auch Düsseldorf, Maastricht, Valkenburg, Roermond und Lüttich sind wunderbar und nicht allzu weit vom Kreis Heinsberg. Es ist alles „vor der Haustür“!

Frage: Du bist nicht nur aktives CDU-Mitglied, Du machst auch noch andere Dinge, stimmt's?

Antwort: Richtig, ich spiele in meinem Alter noch Fußball! Bei der SG Gangelt-Hastenrath bin ich Spieler und Vorsitzender der „Alten Herren“. Außerdem bin ich Jäger und bilde auch für die Jägerschaft aus. Und zu guter Letzt haben wir noch einen Hund. Damit bin ich genug ausgelastet (Lach).

Frage: Und dann hast du noch Zeit für deine Arbeit in der Partei und Fraktion?

Antwort: Ja klar. Es ist mir wichtig, mich für unsere Zukunft und die Demokratie einzusetzen. Ich bin der Überzeugung, dass wir bei uns in Deutschland eine gute, demokratische Staatsform haben!

Und wir sind verwöhnt mit den Möglichkeiten, unser Land zu gestalten und hier leben zu können, vor allem, wenn man sich andere Länder anschaut, z.B. China oder Russland! Ich war schon immer CDU-nah, doch den letzten Schritt habe ich gemacht, als die CDU in der Opposition war und es in unserem Land weniger demokratisch zugeht. Das hat mich erschreckt. Dann habe ich mir vorgenommen, mich politisch zu engagieren. Wenn's einem schlecht geht, ist Veränderung eine Chance.

Wenn's gut geht, ist Veränderung ein Risiko. Ich möchte unsere demokratischen Wurzeln erhalten und uns, wo möglich, nach vorne bringen. Die Stimmenzahl für die AfD oder Linksradi-kale wird größer, da möchte ich mit der CDU Kante zeigen!

Und möglichst viele Leute in die politische Arbeit an der Basis einbinden, um die Demokratie für Deutschland, unseren Kreis und uns alle zu sichern.

Kurzes Vorwort

In der vergangenen Ausgabe haben wir Ihnen angeboten, dass Sie Fragen an Politiker stellen können, die wir mit den entsprechenden Antworten in der Union HS abdrucken. Unser Mitglied Gregor Janssen hat nach Christoph Kaminski schon einmal Gebrauch von diesem Angebot gemacht!

Sehr geehrte Frau Verheyen,

wenn auch die Pandemie viele politische Kräfte in allen Bereichen bindet, sei doch die Frage angebracht, wie es um die „Europäische Verfassung“ steht. Diese sollte zum 1. November 2006 ratifiziert werden, wurde wegen Einspruch von Frankreich und den Niederlanden 2005 ausgesetzt und während der deutschen Ratspräsidentschaft kam es lediglich zum Reformvertrag von Lissabon.

bon. Mir erscheint aber im Hinblick auf die zerüttete Weltlage und die internen EU-Querelen eine „Europäische Verfassung“ dringend erforderlich, um die Einheit und Entscheidungskraft Europas gegenüber den Weltmächten nicht nur wirkungsvoll zu präsentieren, sondern umzusetzen. Da von 2009 an keine Fortschritte erkennbar, frage ich nach dem Stand der „Europäischen Verfassung“. Ich danke, wünsche eine gesunde und leistungsstarke Zeit. **Gregor Janssen**

Sehr geehrter Herr Janssen,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage, in der Sie sich nach dem aktuellen Stand einer „Europäischen Verfassung“ erkundigen.

Wie Sie bereits erwähnt haben, sollte der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ bis November 2006 von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Allerdings kam es zur Aussetzung des Ratifizierungsprozesses, da die Bevölkerung Frankreichs und der Niederlande sich in Referenden jeweils gegen die Ratifizierung ausgesprochen haben. Daraufhin wurde während der deutschen Ratspräsidentschaft der Reformprozess neu angestoßen, sodass am 1. Dezember 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist. Dieser enthält wesentliche Elemente des gescheiterten Verfassungsentwurfs. Mit dem Reformvertrag von Lissabon wurden dem Europäischen Parlament beispielsweise deutlich mehr Kompetenzen zugesprochen. Außerdem wurden die Zuständigkeiten der Union erstmals geklärt und die „Europäische Bürgerinitiative“ wurde etabliert, die schon im „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ vorgesehen war. Zudem erhält die „Charta der Grundrechte“ rechtsverbindlichen Charakter. Der Vertrag von Lissabon trat somit an die Stelle der „Europäischen Verfassung“, was nach der gescheiterten Ratifizierung in meinen Augen einen klaren Fortschritt darstellte. Zudem wurden viele Bestandteile des Verfassungsvertrages schließlich in den Vertrag von Lissabon mit aufgenommen. Ein Rückgriff auf den 2004 unterzeich-

neten Verfassungsvertrag hätte meiner Ansicht nach derzeit geringe Erfolgsaussichten. Europa und die Welt befinden sich im Wandel und sind geprägt durch einschneidende Veränderungen. In den letzten 15 Jahren hat sich die Europäische Union sehr stark verändert und weiterentwickelt. Dennoch stehen wir immer wieder vor neuen externen und internen Herausforderungen. Hierzu zählen neben der Coronapandemie auch der Klimawandel und die Migration. Diese globalen Herausforderungen können wir als EU nur gemeinsam und geschlossen bewältigen. Deshalb möchten wir als EVP-Fraktion unsere Reformagenda umsetzen, um Europa so bereit für die Zukunft zu machen. Dabei sind wir der Meinung, dass wir als Europäische Union zusammenhalten müssen, und setzen uns für ein ehrgeiziges Europa ein. Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam viel erreicht, auf das wir stolz sind. Somit hat die Europäische Union bewiesen, dass sie auch mit den aktuell gültigen Verträgen handlungsfähig ist.

Die wachsende Anzahl an Herausforderungen, mit denen wir in den letzten Jahren in Europa konfrontiert waren und weiterhin sind, gibt jedoch auch Anlass zu einer Neubewertung der EU. Das Parlament hat daher im Januar 2020 beschlossen, dass es, zehn Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, an der Zeit ist, die Union neu zu bewerten und eventuelle Reformen anzustoßen. Den geeigneten Rahmen hierfür bietet die von Ursula von der Leyen bereits 2019 angekündigte „Konferenz zur Zukunft Europas“. Diese soll im Rahmen von Veranstaltungen eine offene Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union und ihre Prioritäten ermöglichen. Sie wird sich über zwei Jahre erstrecken und sowohl Onlineformate als auch persönliche Begegnungen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene bieten. Der ursprünglich für Mai 2020 geplante Start musste leider aufgrund der Pandemie verschoben werden. Wir als Europäisches Parlament haben uns im letzten Jahr jedoch mit klarer Mehrheit für einen zügigen Beginn der Konferenz ausgesprochen. Es ist in meinen Augen an der Zeit, mit dieser wichtigen und notwendigen Diskussion innerhalb der EU zu beginnen. Neben der Beteiligung von Fachleuten und EU-Institutionen liegt uns die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft ganz besonders am Herzen. Gerade sie möchten wir einladen, ihre Meinung zu Europa mit uns zu teilen und sich aktiv an der Gestaltung unserer zukünftigen Europäischen Gemeinschaft zu beteiligen. Ich hoffe, dass es uns so in Zukunft gelingt, Reformen anzustoßen und unser Europa gemeinsam zu gestalten.

tungen eine offene Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union und ihre Prioritäten ermöglichen. Sie wird sich über zwei Jahre erstrecken und sowohl Onlineformate als auch persönliche Begegnungen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene bieten. Der ursprünglich für Mai 2020 geplante Start musste leider aufgrund der Pandemie verschoben werden. Wir als Europäisches Parlament haben uns im letzten Jahr jedoch mit klarer Mehrheit für einen zügigen Beginn der Konferenz ausgesprochen. Es ist in meinen Augen an der Zeit, mit dieser wichtigen und notwendigen Diskussion innerhalb der EU zu beginnen. Neben der Beteiligung von Fachleuten und EU-Institutionen liegt uns die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft ganz besonders am Herzen. Gerade sie möchten wir einladen, ihre Meinung zu Europa mit uns zu teilen und sich aktiv an der Gestaltung unserer zukünftigen Europäischen Gemeinschaft zu beteiligen. Ich hoffe, dass es uns so in Zukunft gelingt, Reformen anzustoßen und unser Europa gemeinsam zu gestalten.

Herzliche Grüße
Ihre

Sabine Verheyen

Wichtiger Hinweis

Richten Sie Ihre Fragen bitte nicht direkt an die Politiker, sondern über die E-Mailadresse der Kreisgeschäftsstelle an das Redaktionsteam von Union HS. Wir leiten die Fragen dann weiter!

Mit dem Bus zu den Schlössern der Loire



Schloss Chambord Foto: Pixabay

Begleiten Sie uns in der Zeit vom 3. bis 8. Juni 2021 auf unserer sechstägigen Reise entlang der Loire. Tauchen Sie mit uns ein ins geschichtsträchtige Herz dieser Region, mit ihren märchenhaften Schlössern, traumhaften Gärten und mächtigen Kathedralen, und wandeln Sie auf den Spuren von

Jeanne d' Arc. Der Reisepreis von 898 Euro basiert auf unseren Planungen von 2019 - für die Fahrt im Frühjahr 2020! Wir bemühen uns sehr, diesen Betrag aufrechtzuerhalten, konnten aber den Eintritt zum Monet Museum nur fakultativ einplanen. Wir bitten um Ihr Verständnis.

Wir bieten:

- Abfahrt an verschiedenen Haltestellen
- 5 Ü/HP im gehobenen Mittelklassehotel
- Ganztagsführung: Tours, Chateau Amboise und Clos Lucé
- Ganztagsführung: Chateau d'Usse, Schloss Azay-le-Rideau und Gärten in Villandry
- Ganztagsführung: Schloss Blois, Cherverny und Chambord mit Gärten
- Alle genannten Eintritte
- evtl. fakultativ: Führung Museum und Garten Monet
- Quietvox-Audio-Guide
- Kultur- und Tourismustaxe
- Reisesicherungsschein

Anmeldung und Auskunft:

Rosemarie Gielen - für die CDU Frauen Union

Tel.: 02454 1436 oder

E-Mail: rosemarie.gielen@web.de

UNION HS

TERMINE 2021

KREIS

SEN:

SEN-AK Sach- und Programmarbeit

Mittwoch, 03.03.2021, 16.00 Uhr,
digital

SEN-STV Erkelenz - Mitgliedertreff

Dienstag, 16.03.2021, 16.00 Uhr,
digital

AK: Vorschau: Arbeitskreis Reise:

03. - 08.06.2021, Val de Loire,

Auskunft erteilt Rosemarie Gielen

0 24 54 - 14 36

Videokonferenz zum Thema „Kirche im Lockdown“

Freitag, 09.04.2021

mit Propst Markus Bruns

Anmeldung bis 03.04. 2021 unter
m.schmitz@cdu-kreis-heinsberg.de
erforderlich.

Mehr Infos in der nächsten Ausgabe!

IMPRESSUM

UNION HS-Mitgliederzeitung
des CDU-Kreisverbandes
Heinsberg

Herausgeber und Verlag:

CDU-Kreisverband Heinsberg
Schafhausener Str. 42 • 52525 Heinsberg
Tel. (0 24 52) 91 99 - 0
Fax (0 24 52) 91 99 - 40
info@cdu-kreis-heinsberg.de
www.cdu-kreis-heinsberg.de

Redaktion:

Bernd Krückel (verantw. im Sinne des
Presserechts)

Druck: Druckerei Jakobs GmbH

Erscheinungsweise:

monatlich. UNION HS ist auf umweltfreund-
lich, chlorfrei gebleichtem Papier
gedruckt. Der Bezugspreis ist im Mitglieder-
beitrag enthalten. Namentlich gekennzeich-
nete Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Reisen:

Der CDU-Kreisverband Heinsberg ist der
Vermittler der Reisen, nicht der Veranstalter.

Bankverbindungen des

CDU-Kreisverbandes Heinsberg:

Kreissparkasse Heinsberg

IBAN DE70312512200002001006

BIC WELADED1ERK

Volksbank eG Heinsberg

IBAN DE66370694123300984010

BIC GENODED1HRB